

DEUTSCHE BÄCKER-ZEITUNG

Offizielles Organ
des Verbandes der Bäcker und Verfussgenossen Deutschlands
(Sitz Hamburg), Gr. Neumarkt 28, I.

Erscheint jede Woche Sonnabends.

Offizielles Organ
der Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker u. Verfussgenossen Deutschlands
(Sitz Dresden), Ulliengasse 12.
Postzeitungsliste Nr. 1787a.

Bekanntmachung des Hauptvorstandes.

Die Vorstände der Mitgliedschaften und Vertrauensleute des Verbandes werden an ihre Pflicht erinnert, sofort, spätestens jedoch bis 27. d. M., die statistischen Bogen an den Verbandsvorstand einzusenden. Mit ihren Bogen noch restende Mitgliedschaften müssen in nächster Nummer d. Bl. öffentlich genannt werden.

Der Verbandsvorstand. J. A.: D. Allmann.

Arbeitslosigkeit und Lohnherabsetzungen als Folgen der Krise.

Von Brutus.

I.

Wieder einmal sind die sieben fetten Jahre des Unternehmertums vorüber und wir treten in die sieben mageren Jahre ein. Die Kapitalisten haben „die schöne Zeit der jungen Liebe“ gründlich ausgenutzt und ihr Schäfchen ins Trockne gebracht; jetzt tritt eine Abspannung ein und auf den Rausch ist der Rakaenjammer gefolgt. Auf den verschiedenen Gebieten verschlechtert sich die Konjunktur von Monat zu Monat und die Geschäfte gehen immer flauer. In der Eisen- und Metallindustrie sieht es bereits so schlimm aus, wie seit Jahrzehnten nicht und in der Textilindustrie ist es womöglich noch schlimmer. Die rheinisch-westfälischen Spinnereien haben längst eine Produktions einschränkung von 15—20% vorgenommen und die sächsischen sind diesem Beispiel gefolgt. Das Baugewerbe liegt infolge des geschäftlichen Rückgangs darnieder und selbst die großen Banken haben sich zu einer Betriebseinschränkung verstellen müssen. Die Zeitungen müssen eine eigene Rubrik für die Anzeichen und Folgen der wirtschaftlichen Krise einrichten. Wir wollen nur einige Mitteilungen, die uns gerade zur Hand sind, aus dem reichen Material herausgreifen. So berichteten die Zeitungen in den letzten Tagen aus den verschiedensten Gegenen Folgendes: Die wirtschaftliche Krise macht sich in immer schlimmerer Weise fühlbar. Selbstverständlich werden besonders die großen Industriegebiete in Mitleidenschaft gezogen. In Rheinland-Westfalen herrscht sowohl in Unternehmern wie in Arbeiterkreisen eine gedrückte Stimmung, da der wirtschaftliche Niedergang die Art der Lebenshaltung großer Volkschichten stark beeinflusst. Die seit etwa Jahresfrist in gewaltigem Umfang erfolgten Arbeitserlassungen, zu denen neuerdings auch der Kohlenbergbau ein nicht unbedeutendes Kontingent stellt, haben den vielen Beteiligten den Ernst der Situation in vollem Umfang nahegerückt und die Aussicht, daß es sich nicht etwa um eine vorübergehende Produktionsstörung, sondern um eine mehr und mehr sich verschärfende Wirtschaftskrise allerersten Ranges handelt, in die kleinste Hütte hineingetragen. Persönliche Beobachtungen lassen darüber gar keinen Zweifel. Naturgemäß ist die Zahl der Arbeitslosen in den eigentlichen Industriestädten am größten; der Monatsbericht der Arbeitsnachweissstellen gibt darüber wenig tröstliche Ziffern und die Armenbüdgete der Gemeinden werden für die nächsten Jahre mit ganz anderen Ziffern zu rechnen haben, als bisher. Angefischt dieser Lage wird in industriellen Kreisen doppelt lebhaft die Ablehnung der Kanalvorlage bedauert, indem die Herstellung dieses bedeutsamen Kulturinstruments den überschüssigen Arbeitskräften auf längere Zeit hinaus lohnende Beschäftigung gewährt hätte.

Auch im Elsaß-Lothringen spürt man den Druck der Krise bereits sehr deutlich. Wie die „Oberelsässische Landeszeitung“ mitteilt, beträgt die Zahl der Arbeiter, die von der Elsaßischen Maschinenbau-Gesellschaft in Mülhausen entlassen oder gefeuigt sind, über 660. Den auswärts beschäftigten Monteuren der Fabrik sei mitgeteilt worden, falls sich ihnen eine Stelle biete, möchten sie annehmen. Daraus sei zu schließen, daß noch mehr Entlassungen bevorstehen. — Dem „Corrain“ zufolge macht sich seit Beginn des August in den Arbeiten der Bergwerke und Hochöfen des Orne-Thales eine große Stockung bemerkbar. Eine Anzahl von Werken hat ihre Arbeiter entlassen, in anderen hat man die Arbeitszeit verkürzt. Ganz besonders seien die französischen Unternehmungen Franchepré, Homécourt und Jouy von der industriellen Krise betroffen. In mehreren Werken arbeiten

die Arbeiter nur drei bis vier Tage in der Woche, in anderen sind die Löhne stark verkürzt worden. Die italienischen Arbeiter verlassen in Masse das Land.

Auch in unserem Nachbarlande Österreich ergreift die Krise immer weitere Kreise. Bei der kürzlich erfolgten Eröffnung des österreichischen Reichsrathes lagen seitens der verschiedenen Parteien nicht weniger als elf Notstands-Anträge vor. Die Sozialdemokraten haben ebenfalls einen Antrag zur Einberufung der Notch eingebracht, der durch folgende Sätze begründet wurde: „Nach langen Jahren fast völliger Stagnation ist die österreichische Industrie nunmehr in das Zeichen einer heftigen wirtschaftlichen Krise getreten, die zwar ihren Höhepunkt noch keineswegs erreicht, aber schon jetzt zu Betriebseinschränkungen und zu Arbeitserlassungen in großem Umfang geführt hat. In einem Staate wie Österreich, in dem auch unter normalen Verhältnissen die ungeheure Mehrheit der arbeitenden Klasse zu einer äußerst niedrigen Lebenshaltung gezwungen ist, während breite Schichten, wie die haus-industriellen Arbeiter, ständig dem furchtbaren Elend preisgegeben sind, muß jede Verschlechterung der Lohnverhältnisse und jede Verkürzung der Erwerbsmöglichkeiten doppelt schwer empfunden werden. Die Erkenntnis, daß Krisen ein naturnothwendiges Erzeugnis der kapitalistischen Warenproduktion sind, enthebt die Gesetzgebung und die Verwaltung nicht der Pflicht, die Wirkungen der Krise zu mildern, um so weniger, als der heutige Zustand unserer Volkswirtschaft zu einem nicht geringen Theil durch die Sünden von Gesetzgebung und Verwaltung direkt hervorgerufen wurde.“

Die Folgen einer wirtschaftlichen Krise machen sich sowohl den Unternehmern als den Arbeitern fühlbar, aber durchaus nicht in gleichem Maße. Die Unternehmer haben in der Zeit des günstigen Geschäftsganges Tausende und Millionen eingeholt, was man an den hohen Dividenden der Aktiengesellschaften deutlich bemerken kann; sie haben nicht nur hettlich und in Freuden gelebt, sondern auch noch oben-drein von ihrem „Entbehrungslohn“ neue Kapitalien aufgehäuft — sie können also die ungünstigen Wirkungen der Krise ertagen. Wohl ist auch ihr Schaden nicht gering, denn ihre Dividenden sinken und ihr Gewinn wird knapper, aber sie sind doch gegen Mangel und Entbehrung geschützt. Während der schlechten Zeiten wird die Kapitalistensippe vielleicht ihren Luxus etwas beschränken; man wird ein paar Wochen weniger im Badeort oder in der Schweiz zubringen, man wird eine Gesellschaft weniger geben, man wird eine geringere Champagnermarke trinken — aber salt essen wird man sich doch noch. Der Kapitalist zieht eben von dem alten Fette, wie ein Igel während des Winterschlafes und lebt von den Überresten früherer Jahre.

Wesentlich anders liegt die Sache bei den Arbeitern: für diese bedeutet eine Wirtschaftskrise Notch, Elend, Entbehrung mit all ihren hässlichen Begleiterscheinungen. Die Arbeiter haben während der günstigen Geschäftssperiode keine Reichthümer aufzusparen können, sie haben nach wie vor von der Hand in den Mund gelebt; ihre Anteil an dem gelben Regen, der sich über die Kapitalistensippe ergossen, hat sich immer in bescheidenen Grenzen gehalten. Die Unternehmer, die Riesen-gewinne einförderten, sträubten sich mit Händen und Füßen dagegen, ihre Arbeiter daran zu teilnehmen zu lassen; sie hielten sich die Taschen zu und schließen aus volstem Halse über „die Begehrlichkeit und Unverschämtheit der Arbeiter“. Und selbst wenn es der einen oder der anderen Arbeiterkategorie gelang, mit Hilfe ihrer Organisation den Unternehmern etwas von der Beute abzujagen, so war das Errungene verhältnismäßig doch immer noch so winzig, daß von irgendwelch nennenswerthen Ersparnissen keine Rede sein konnte. Für die Unternehmer war die günstige Geschäftssperiode bildlich gesprochen — ein warmer Sommer, der ihren Weizen zur Reife brachte und ihre Scheuer füllte, für die Arbeiter war sie eine Polarsonne, deren malte Strahlen weder Früchte reifen, noch Wärme spenden. Und so kommt es denn, daß die Krise die Arbeiter mit leeren Händen überrascht, während die Unternehmer mit gefüllten Speichern die schlimme Zeit an sich herantreten lassen.

Die beiden schlimmsten Folgen der Krise sind die Arbeitslosigkeit und die Lohnherabsetzungen. Auch die diesmalige Krise zeigt derartige Erscheinungen. So schreiben die bürgerlichen Zeitungen u. a. Folgendes: Der Mangel an Aufträgen für die großen Werke der Industrie in Rheinland-Westfalen macht sich jetzt in unliebsamer Weise bei den Angestellten und den Arbeitern der dortigen industriellen Städte bemerkbar. Feierschichten, Lohnreduktion und Aufhebung der Nachschichten auf einzelnen Fabriken führen die täglichen Anklagen für die dortigen Arbeiter. Auf den Betzen werden durchweg wöchentlich Feierschichten eingelegt. Dazu kommen Lohnreduktionen von 5, 10 und 15 p. 100. Seit April betragen die Lohnkürzungen für die meisten Arbeiter indestens 25 p. 100. Die Löhne, die infolge der 4 bis 5 Feierschichten im Monat und der Lohnreduktion gezahlt werden, können die Lebensbedürfnisse in der augenblicklich heutigen Zeit kaum noch bestreiten. Diesen Arbeiter, die in der „besseren Zeit“ sich eine ihrem Verdienst entsprechende Wohnung leisten konnten, begnügen sich jetzt mit wenigen Zimmern. An allen Enden müssen Einschränkungen vollzogen werden, um mit dem geringen Lohn auszukommen. Diese plötzlichen Entbehrungen erzeugen in Arbeiterkreisen Unzufriedenheit, die sich durch eine stille Agitation noch steigert. Die Arbeiter sehen bald ein, daß nur ein enger Zusammenschluß ihre Macht stärken kann. Deshalb segnen die Leitungen der beiden Bergarbeiterverbände alle Hebel in Bewegung, die Organisation zu fördern. Dies soll nicht durch große Versammlungen erzielt, sondern durch kleine Bezirksversammlungen, die durch die Vertrauensmänner einberufen werden, und in denen Volksredner die Erschienenen für die Organisation gewinnen sollen. Selbstverständlich wird gerade in der Zeit der Lohnkürzungen eine solche Agitation manchen Arbeiter zum Eintritt in den einen oder anderen Verband bewegen. Denn die Unzufriedenheit ist unter den Arbeitern nicht gering. In den Fabriken wird die Arbeiterzahl nach und nach verringert oder aber es wird die Arbeitszeit verkürzt. In einzelnen Werkstätten werden sogar die Nachschichten abgeschafft. Verkürzung der Arbeitszeit, Lohnkürzungen und infolgedessen geringe Löhne sind auch in der Montanindustrie des rheinisch-westfälischen Industriebezirks an der Tagesordnung. Dazu kommt die Entlassung von Bahnarbeitern im Industriebezirk. Rangierer, Güterbremser, Tagessarbeiter usw. werden auf den größeren Bahnhöfen in nicht geringer Zahl entlassen. Auch Bureaupersonal wird von Kündigungen, Entlassungen oder Gehaltsabzügen betroffen. Gehaltsabzüge ziehen die jungen Beamten vor, um nicht die Zahl der Stellenlosen noch zu vermehren. Die unverheiratheten, die zuerst von der Kündigung betroffen werden, reisen in ihre Heimat. Besonders war dies der Fall am 1. und 15. Oktober. Am 1. November wird sich der Abzug wiederholen. Das ist ungemein bedauerlich, und es ist wenig Aussicht auf baldige Besserung. Die Herren Grubenbesitzer wissen aber trotzdem gut für sich zu sorgen. Sie halten durch das Syndikat die Kohlenpreise in einer so hohen Höhe, daß sie trotzdem rechtlich verdienen, wenn auch die Förderung eine geringere ist. Auch über die Bergleute wird die Größe der Lohnabzüge und der Arbeiterentlassungen geschwungen. Die Prospekte könnten steigen, ohne daß die Löhne nur annähernd im gleichen Verhältnis folgten. Da nur aber ein Rückgang eintritt, sucht man Deckung bei den Arbeiterlöhnen. Trotz des Rückganges des Geschäfts denkt man nicht an die Ablösung der Arbeitszeit, sondern greift zu Arbeiterentlassungen. Das trat am schärfsten im Oberbergamtbezirk Dortmund hervor, wo die Zahl der beim Steinkohlenbergbau beschäftigten Arbeiter von 235 888 im ersten Vierteljahr auf 234 314 im folgenden Vierteljahr sank. Weniger groß war die Zahl der Arbeiterentlassungen in Schlesien, wo die Zahl von 99 981 auf 99 560 zurückging. Die Saarbrüder und Aachener Reviere zeigen eine kleine Steigerung der Arbeiterzahl. Obwohl im zweiten Vierteljahr im Durchschnitt 75 gegen 74 Schichten im ersten Vierteljahr von jedem Arbeiter versahen wurden, sank der Gesamtlohn im Dortmunder Revier von 72 536 962 M im ersten Vierteljahr auf 71 622 423 M im folgenden Vierteljahr. Die Löhne haben in sämtlichen Bezirken Lohnabzüge erdulden müssen. Der Lohn für Männer sank für jede Schicht: in Oberösterreich von 3.57 M auf 3.52 M, in Niederschlesien von 3.27 M auf

8.14 M. im Dortmunder Revier von 5.16 M auf 5.02 M, in den Staatswerken bei Saarbrücken von 4.11 M auf 4.05 M und bei Aachen von 4.45 M auf 4.36 M.

So müssen die Arbeiter die Rümmernisse des wirtschaftlichen Niederganges über sich ergehen lassen; sie müssen zusehen, wie sie sich durch die schlimme Zeit hindurch bewegen. Leider deuten alle Anzeichen darauf hin, daß wir zu einer längeren Dauer der Krise zu rechnen haben. Die Arbeiter haben also Aussicht auf eine längere Leidenszeit. Diese Aussicht ist um so unerfreulicher, da die verflossene günstige Geschäftssperiode den Arbeitern verhältnismäßig geringe Aufbesserungen gebracht hat. Raum jemals hat sich in einer Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs ein solch zäher, beharrlicher, brutaler Widerstand des Unternehmers auch gegen die bescheidensten Ansprüche der Arbeiter bemerkbar gemacht wie in den letzten Jahren. Die Unternehmer haben das Fett abgeschöpft und die Arbeiter müssen nun mehr die Wassersuppe auslöffeln. Doch darüber wollen wir in einem Schlußartikel reden.

Situationsbericht aus Skandinavien.

G. Br.— Die Oktobernummer unseres schwedischen Brudertorgans berichtet über den kürzlich stattfindenden zweiten Kongreß der schwedischen Bädermeister. Wir nehmen Notiz von zwei wichtigen Fragen, die hier verhandelt wurden: Die Länge der Arbeitszeit und die Lehrlingsfrage.

Der Referent zu der ersten Frage war ein Dr. Walsgrew. Der Herr Doktor führte u. a. aus, daß in seinem alten Berufe die Arbeitszeit einer so gewaltsamen Verkürzung unterzogen worden ist, wie gerade in der Bäderrei. Von 18 Stunden pro Tag war man auf 11 gekommen, aber dies "wurde davon überzeugt", daß weiter nicht heruntergegangen werden könnte, wollte man nicht den ganzen Beruf ruinieren, und mit einem ekelhaften Pallos rief er aus: "Hier (auf dem Elfstundentag) müssen sich die stolzen Wellen der Arbeiterbewegung zersehen"!!! Unser dortiges Brudertor war in dieser Beziehung dazu: "Man muß sich über die Toleranzfähigkeit des Dr. Walsgrew wundern, sich in alle Ecken des Bäderberufes hineinzusehen. Wir haben bisher geglaubt, daß solches gelernt und praktiziert sein will. Wir sehen jedoch, daß wir uns hierin, wie schon häufig zuvor, getäuscht haben. Es scheint sehr leicht zu geben, in der Redaktion der „Ma dagligt Allehanda“ — (ein Kapitalistenblatt erster Güte in Stockholm, an deren Redaktion der Doktor thätigt ist. Ann. d. Ref.) — zu sitzen und die Bäder zu erkunden; oder doch wenigstens darüber zu schnacken. Ob aber die „großen Wellen“ der Arbeiterbewegung sich an dieser Artweise zersehen werden, gehört einer späteren Geschichte."

Die Lehrlingsfrage wurde von demselben Herrn ebenfalls "lebhaft erörtert". Man einigte sich um einen Vorschlag auf Einführung eines Lehrlingsgesetzes, das an das alte Kunstwesen erinnert und sprach außerdem den Wunsch aus, daß es den Lehrlingen geleglich verboten werden sollte, der gewerkschaftlichen Organisation der Gesellen anzugehören. Der Wunsch sowohl als der Vorschlag ist allerdings recht stumm. Den dortigen Bädermeistern ist es auch nicht darum zu thun, die Lehrlingsfrage zu einer wirklich zeitgemäßen Lösung zu bringen, sondern für sie ist nur die billige Arbeitskraft der Lehrlinge maßgebend, die auszubauen sie sich noch erfreuen und staatliche Subvention verlangen. Man sieht, auch in dem wilben Schweden verstehen die Arbeitgeber schon das Ausbeuteten nach kapitalistischen Grundräumen vorzüglich. Unser Brudertor bemerkt zu der vorgeschlagenen Wiedereinführung des Kunstwesens, daß es dann vielen Bädereinhabern gerade nicht allzu gut gehen würde, weil sie noch nicht ihre Lehrlinge beendet haben.

In den schwedischen Gewerkschaften wird gegenwärtig über das Generalstreitproblem zur Eröfung des politischen Wahlrechts diskutirt. Eine im Monat August stattgefundene Konferenz der schwedischen Arbeiterbewegung in Malmö hat, wie bekannt sein dürfte, den Beschluss gefaßt, für den Fall, daß die von der Regierung dem nächsten Reichstag einzureihende Reformvorlage des gegenwärtigen Wahlrechts nur eine Scheinreform bedeuten wird, den Generalstreit zu proklamieren, um somit sich das allgemeine Wahlrecht zu erobern. Die Mobilisierung ist jetzt im vollen Gange, der Vorstand der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Verbindung mit dem Sekretariat der Landesorganisation der schwedischen Gewerkschaften hat die Erhebung eines Extrabeitrages ihrer Mitglieder in der Form eines Tagelohnes angeordnet. Die Bestimmung der Höhe dieses Tagelobens ist den örtlichen Organisationen überlassen und außerdem wird eine freiwillige Einsammlung eifrig betrieben, sobald ein Kampf durch den Eigentum und die Rückständigkeit der herrschenden Klassen vom Zaune gebrochen wird, die Arbeiter dann auch ihre Kriegskasse in gutem Zustande haben werden. Im Allgemeinen ist die Einmüttigkeit und Opferwilligkeit der schwedischen Arbeiter in dieser Frage bewunderungswürdig und man merkt sofort beim ersten Blick, daß in ihrem Reichen eine rechte Disziplin herrscht. Ohne diese wäre aber allerdings auch ein so schwieriger Kampf unmöglich.

Betrifft Konflikte in unserem Berufe ist es in der letzten Zeit über ganz Skandinavien ziemlich ruhig. Gezeigt wird in uns nur ein Kampf in Schweden bekannt geworden. Es ist dies Desterjärn in Schweden, wo einige Bäderbetriebe existieren. In Schweden denkt jedoch alles darauf hin, daß ein umfangreicher Kampf nahe bevorsteht. Die neu gebildeten Organisationen der Arbeitgeber, über deren Stellung zu preiswürdigeren Betriebsfragen wir oben referieren, hat sich aufgetragen, die Organisation der Arbeiter zu Grunde zu richten. Dass diese ihre tödliche Aufgabe unmöglich zu tun ist, dürfte ihr bald genug klar gemacht werden. Ihnen liegen wir unseren tregenden Kollegen, sich augenscheinlich nicht nach vorhin zu begeben.

Die heilige Inquisition und deren Grenze.

(Nach einem Vortrage des Herrn Maurer in der Rümpf-Mitgliederversammlung am 6. November.)

Eingangs des Referats schilderte der Redner das wahre Christentum in seinen Anfängen, welches ein ganz sozialistisches war. Zur damaligen Zeit durften keine ausgewanderten Leute der Christengemeinde beitreten, Leute die nicht ihren Reichthum der Gemeinde übertragen hätten, um dort wieder gemeinnützigen Zwecken zugewendet zu werden. Die Bädermeister dieser Christengemeinde sind in den heutigen Bädermeistern zu vergleichen. Allmählich liegen aus diesen Menschen Leute hervor, welche sich ein großes Recht und große Macht zulegen, aus welchen dann die Priester und Bischöfe entstanden, welche so weit entarteten, daß man das System schon hierarchie nennen konnte.

Man nahm es schon nicht mehr so genau mit dem Ausspruch Christus: "Wer zwei Röcke hat istwo" und die Reichen, Grafen, Herzöge und Könige konnten sich den Christengemeinden anschließen und das römisch-griechische Reich breite sich bald über ganz Europa aus; die Bischofsstühle und hohen Würdenstellen wurden nur mehr an ganz ungewöhnlich reiche Leute, Herzöge und Fürsten verkauft. Diese Leute versieben aber infolge ihres Reichthums ihrem alten Lustleben wieder und mit dem Christenthum war es vorbei, denn es galten nicht mehr die alten Regeln, sondern nur diejenigen, welche auf den Konzilien (Kongressen) ausgegeben wurden. Von dieser Zeit an dachten auch schon die Christenbefolgsungen durch Christen selbst. Alle den alten Regeln nachlebenden Christen bekamen von dem Treiben dieser Kirchenfürsten einen Abscheu, was leicht erklärlich ist, wenn man in dem Buche Freimunds "Rom's Sündenregister" liest, "daß Papstium als Hurenherrschaft bezeichnet wurde". Reiche wurde der römische Stuhl verkauft und selbst Kinder, 12 Jahre alt, wurden Päpste; Giftnorde usw. usw. waren an der Reihe; viele Nebenduhler der Päpste wurden ermordet; jeden Tag hörte man von solchen. Die Herzogin Theodora v. Toscana spielte in der Zeit eine grohe Rolle. Kurz sei nur erwähnt, daß Papst IV. Bordelle errichtete; Innozenz hatte 16 Kinder. Der päpstliche Stuhl wurde nur noch Bordell genannt. Ein anderer Kirchenfürst schreibt, daß die verschiedenen Päpste an 10 000 Maitresses unterhalten haben. Daß die weniger Gläubigen über einen solchen Standen murrten und schimpften, ist leicht erklärlich. Der Unwill dieser Gläubigen wuchs und man sah sich im Jahre 1163 auf dem Konzilium in Tours genötigt, dagegen einzuschreiten. Man setzte die hl. Inquisition ein, an deren Spitze ein Geistlicher Dominikus gestellt war, welcher für seine schrecklichen Morde, die er dadurch verübte, heilig gesprochen wurde. Es gab in dieser hl. Inquisition dreierlei Arten Anklagen: 1. die öffentliche Anklage, 2. der Nachforschungsprozeß, 3. der Denunziationsprozeß. Erstere kamen selten vor, lehrte aber meistens. Wollte eine Person nicht eingestehen, daß dieselbe eine Hexe, Zauberer usw. sei, so kam die Folter, welche darin bestand, daß beide Arme auf den Rücken gebunden, an denselben ein Seil angemacht und an den Füßen schwere Steine gefesselt wurden, dann wurde der Angeklagte durch Vorrichtungen in die Höhe gezogen. Die andere Folter bestand darin, daß man dem Angeklagten die Füße gebrochen hat. Das durch diese Folter die Delinquenten auch zugestanden haben, was sie nicht gelhan hatten, ist leicht erklärlich. Jetzt kam aber erst die Strafe! Die leichteste Strafe war steckende Einmauerung, so daß sich keiner dieser Eingemaueeten sehten usw. konnte, dann Erdrosseln und Verbrennen. Anderen wurde die Zunge herausgerissen. Das Vermögen der Verurteilten wurde auch meistens konfisziert. So gab es dann noch ein Urteil, daß Verbrennen im Bilde. Desjenigen Vermögen gehörte ebenfalls dann der hl. Inquisition. Weiter wurden Exkommunikation und Interdit selbst über hochangesehene Fürsten und Länder verhängt. Die Einmauerung wurde 21 000 mal angewendet. Auf den Scheiterhaufen wurden 31 000 geschleppt; es kommen dann noch Tausende von Personen hinzu, die durch die Neubürgen der päpstlichen Legaten noch ermordet wurden. Zum Schluss zog der Referent noch weitere Vergleiche zwischen der heutigen Macht der Kirche gegen damals. Daß die Kirche keine solche Macht mehr besitzt, ist nur das Verdienst der Wissenschaft und der aufgeklärten bilden Arbeiterkraft. Die Pflicht der Organisation ist es, die Mitglieder in jeder Richtung aufzulösen, das kann nur geschehen, wenn jeder ein Agitator wird und dem Verbande Mitglieder zuführt.

Das „wohlerworbenen Recht“ auf Ausbeutung.*)

Gegenüber einer solchen Agitation ist es wahrlich die höchste Zeit, daß auch die Konfessionäre daran denken, ihre wohlerworbenen Rechte zu wahren und gegen ein solches, die ganze große Konfessionsbranche in ihren Grundlagen bedrohendes Treiben energisch aufzutreten!

Mit diesem Schlagtruf fordert der "Konfessionär" seine Freunde zum Kampf gegen den gesetzlichen Schutz der Heimarbeit und Arbeiterinnen auf. Man sieht, die Juniorsprache macht Schule. Genau so, wie die Juniors seinerzeit die Aufhebung der Fröhn und Leibeigenenschaft als einen Eingriff in ihre "wohlerworbenen Rechte" betrüpfen, genau so, wie sie heute die Grundlagen des Staates als erschüttert erklären, wenn ihnen keine Bucherzölle bewilligt werden, genau so erklären die intelligenten jungen Leute, die seinerzeit mit dem Rängel auf dem Rücken aus Warschau und Stettinwicke bei uns einwanderten, um den Ruf des Hausbürgertums zu erhöhen, es als einen Eingriff in ihre "wohlerworbenen Rechte", als eine Ershütterung der "Grundlagen" der ganzen großen Konfessionsbranche, wenn endlich einmal diese den gesetzlichen Bestimmungen, die seit Jahrzehnten für die Fabrikbetriebe bestehen, auch auf die Hausindustrie angewandt werden sollen.

Um Weiteres handelt es sich nicht. Das muß betont werden gegenüber dem demagogischen Treiben der Konfessionäre, daß daraus hinausläuft, die Forderungen der deutschen Schneider — die eigentlich die logische Konsequenz der bisherigen Sozialgesetzgebung Deutschlands sind — als eine rein sozialdemokratische Forderung des Verbots der Heimarbeit hinzustellen. Es ist ein Kompliment an die Sozialdemokratie, wenn man vernünftig gemachte Sozialreformen nur noch mit ihr in Zusammenhang bringt. Es zeigt aber auch, wie wenig das Unternehmerthum in der Konfession mit den sozialpolitischen Strömungen der Gegenwart vertraut ist, sonst müßte es wissen, daß, so lange die Schäden und Mängel der Hausindustrie bekannt sind — und das ist schon seit 1885 der Fall — sich einsichtlose Sozialpolitiker aller Parteienrichtungen (mit Ausnahme der Konservativen) mit gesetzgeberischen Problemen zum Schutze der Heimarbeit und Arbeiterinnen beschäftigt haben. Aber solches Wissen kann man nicht von Leuten verlangen, deren ganze geistige Kost sich in den Hausschäden und Bausenachrichten der Londoner und Bremer Baumwoll-Börsen erschöpft.

Die Grundlagen der Konfessionsbranche werden durch die Arbeitgeberungen erschüttert. Was sind das für Grundlagen? Zur Beleuchtung mögen folgende Beispiele dienen:

1. Eine fürzlich in Elbersfeld vorgenommene Umfrage der fälschlichen Arbeitszeit ergab für 75 Befragte und 71 Antwortende Folgendes:

10	-	-	-	11-12	-
12	-	-	-	12-13	-
23	-	-	-	13-15	-
5	-	-	-	15-16	-
2	-	-	-	16-17	-
1	-	-	-	17-18	-

Also 1% aller Befragten arbeiten täglich 13-18 Stunden.

2. Das Berliner Gewerbeamt stellte im Jahre 1896 bei den Handarbeiterinnen der Hosenbranche folgende Resolutionen:

* Fachzeitung für Schneider.

verdiente pro Woche fast: 2.30, 2.68, 3.53, 3.55, 3.78, 4.00, 4.48, 5.28 oft. Der höchste Verdienst war 10.80 M., der Durchschnittsverdienst 6.33 M. pro Woche.

3. Nach den Feststellungen der Habilitationskasse, die sich auf die Kleider-, Wäschekonfession und Kosmetikbranche beziehen, kam auf die einzelne Person ein Raum von über 30—40 cbm in 2,6 pft. der beschäftigten Räume von

20-30	6,6
" 15-20	21,7
" 12-15	18,3
" 10-12	15,1
" 8-10	16,1
" 6-8	14,1
" 4-6	5,1
" 4	0,2
" 8	0,2

Es hatten somit über ein Drittel der Räume weniger als 10 cbm pro Kopf der beschäftigten Personen, und nur ganz verschwindend wenige entsprachen dem Raum, der jedem Gefangen in der Strafanstalt von Plötzensee (28 bis 29 cbm) zur Verfügung steht.

4. In der Berliner Ortsstrassenkasse der Schneider befanden sich im Jahre 1897 unter 22 069 Frauen 1749 Lungentranke, im Jahre 1898 unter 24 164 Frauen 2229 mit derselben Krankheit. 10 pft. also verfallen dieser heimliche Krankheit, die in den Schlupfwinkeln der Hausindustrie den geeignetesten Boden findet.

Lange Arbeitszeit, Schundlöhn, schlechte Wohnungen, Krankheit und Siechtum, das sind die Grundlagen der großen Konfessionsindustrie!! Und wenn die gesetzgeberischen Forderungen dazu angehören, diese Grundlagen zu erschüttern, so ist das als ein sozialpolitisches Verdienst anzurechnen, ohne den Unternehmern den Raum zu schmälen, daß sie mit allen Mitteln des wirtschaftlichen Drucks, der Heuchelei und der Mieberträcht ein Produktionsystem verteidigen, über dessen Verwerfung und Gemeinschädlichkeit alle anständig und logisch denkbaren Menschen sich längst einig sind.

Welche ungeheure Entwicklung zum Großen hat sich ungehindert in der Konfession vollziehen können. Aus den kleinsten, unbedeutendsten Anfängen heraus haben sich Kleinbetriebe entwickelt, die heute den Weltmarkt beherrschen. Und wodurch war das möglich? Nur dadurch, daß von Herrn bessere billige und willige Arbeitkräfte in Masse zur Verfügung standen, die jeglichen gesetzlichen Schutzes vor, in dumppen Räumen Tag und Nacht mit Weib und Kind frohdelten, ihre Gesundheit opfernd und auf jede Lebensfreude verzichteten. Zum Dank dafür, rast dieses falsche Unternehmertum und Menschlichkeit — alle möglichen Interessentreize zum Kampf um seine "wohlerworbenen Rechte" auf.

Recht so! Rast es aller Welt entgegen, daß Ihr die schrankenlose Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft als Euer wohlerworbenes Recht betrachtet. Wenn da die Augen nicht aufgehen, der muß mit ewiger Blindheit geschlagen sein. Über das Wort von den "wohlerworbenen Rechten" wird den Konfessionären genau so zum Schreckensmal werden, wie seinerzeit Schulze-Delitsch das geflügelte Wort vom Entwickelungslohn". Dafür werden wir sorgen.

Doch nicht genug damit, daß die Unternehmer das ganze Ausbeuterthum zum Kampfe gegen die Forderungen der Schneider aufrufen, auch die Ausbeuter sollen auf Bekämpfung ihrer eigenen Interessen mobil gemacht werden. Der "Confectionär" schreibt:

"Gegenüber der von sozialdemokratischer Seite ins Leben gerufenen Agitation für das Verbot der Heimarbeit wird seitens der Arbeitgeber, d. h. sämtlicher Fabrikanten der Konfessionsindustrie eine Agitation in großem Maßstab vorbereitet. Namentlich wird die Agitation in die Reihen der Heimarbeiter getragen werden müssen, welche selbst den größten Nachteil davon haben würden, wenn ihnen das Arbeiten zu Hause verboten würde und die deshalb auch in überaus großer Mehrzahl in diesem Falle vollständig auf Seiten der Konfessionäre stehen."

Man sieht, der Zweck heiligt die Mittel. Da anders den unbekümmerten Forderungen nicht beizukommen ist, werden sie einfach in ein Verbot der Heimarbeit umgedreht. Wo steht das denn? Es scheint, als wenn die Herren unsere Forderungen 2-3 ganz übersiehen haben — wollen. Nun, Lügen haben kurze Beine. Wenn hätte eine Arbeiterorganisation schon einmal Forderungen gegen Interessen der eigenen Beschäftigten gehörigen aufgestellt? Nein, der unsaubere Plan der Unternehmer ist zu durchsichtig. Es handelt sich bei ihnen darum, die Arbeiter und Arbeiterinnen, unter Verspielung falscher Thalsachen, zur Hintansetzung ihrer eigenen und Verschlechterung der schwärfsten Ausbeuterinteressen zu gewinnen. An den Arbeitern und Arbeiterinnen in der Konfession wird es liegen, die unlauteren Quertriebereien der Unternehmer zu Schanden zu machen.

Nur die allerdämmersten Fälscher werden sie selber wählen.

Das würde auch auf die Konfessionsarbeiterchaft zu treffen, wenn sie sich in Verleumdung ihrer vitalsten Lebensinteressen auf Seiten der Unternehmer stellen würden.

Gewerkschaftliches.

Johann Gigl †. Ein langjähriges, treues Mitglied und wackerer Kämpfer für die Befreiung des Badenbüroproletariats ist in Joh. Gigl pfatisch aus dem Leben gegangen. Seinen Münchner Kollegen war er stets ein guter Freund und eifriger Schüler für ihre Rechte!

Ehre seinem Andenken!

Die Arbeitslosigkeit in den großen Städten ist allgemein. Zeichnend nach dieser Richtung hin ist die Thatsache, daß sich auf die Anzeige eines Berliner Bädermeisters in der Alten Jakobstraße, welcher einen Laufburschen suchte, am Dienstag vorher Woche etwa 200 Bewerber einfanden, die das Geschäftsrat förmlich belagerten.

Recht amalhaftes Begriffsverständigen zeigt die "Günther'sche Bäderzeitung", wenn sie zu der am 5. November in der Versammlung unserer Berliner Kollegen betreffs der herrschenden Arbeitslosigkeit angenommenen Resolution bemerkt:

Aus dem Allern ist gar nicht ersichtlich, wie eigentlich die deutschen Bädermeister damit in Verbindung gebracht werden, als hätten sie mit Schuld an der Arbeitslosigkeit. Die deutschen Bädermeister haben das allergrößte Interesse daran, daß die Arbeitslosigkeit beseitigt wird, denn auch sie leiden als Brodtproduzenten direkt unter der Arbeitslosigkeit, die eine erhebliche Einschränkung des Brodtums zur Folge hat. Also an die Bäder der deutschen Bädermeister kann diese Resolution nicht gerichtet werden.

Das Blatt überblickt wohl absichtlich, daß die Resolution sich nicht nur gegen die herrschende Arbeitslosigkeit im Allgemeinen, sondern besonders gegen dieselbe in unserem Berufe wendet, welche in allen Städten mit unheimlicher Schnelle gewaltige Dimensionen annimmt, und wer hätte anders die

Gehalt, als die Bäckermeister, und besonders die Innungsgroßen, mit der von ihnen in unsmarter Weise geprägten Lehrlingslückerei und Gesellenabfikation! — Die Herren sollen sich also nicht so hinstellen und ihre Hände in Unschuld zu waschen versuchen, denn an der kolossal zunehmenden Arbeitslosigkeit in unserem Gewerbe tragen nur sie in erster Linie die Schuld!

Die Arbeitslosigkeit und damit Not und Elend greift auch in unserem Berufe in erschreckender Weise um sich, wie dies die Meldungen aus allen Gegenenden Deutschlands beweisen. So wurden bei der Dresdner Ausgangszählung im August ds. Jhs. 255 arbeitslose Gesellen eingetrieben und 162 offene Stellen waren zu besetzen; im September wurden 274 Arbeitslose eingetragen und 145 offene Stellen gemeldet, also ein Überschuss von 129 Arbeitslosen. Am September reisten 44 Arbeitslose von auswärts zu und 27 kamen vom Militär. Von 144 den besetzten Stellen wurden die Löhne ermittelt und verdienen darnach zwei pro Woche mehr als je 12 M., 29 je 9—11 M., 59 je 8—9 M., 48 je 7—8 M., und sechs weniger als 7 M. Von diesem Lohn (für 24 der Gesellen weniger als je 9 M. pro Woche) sollen sich dieselben fast zu zufrieden, um womöglich schon nach einigen Monaten Arbeit wieder wochen- und monatelang arbeitslos davon leben zu können. — Höchste Zeit wird es, mit diesen erbärmlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen aufzuräumen!

Unsere Innungsmeister auf der Suche nach billigen und willigen Arbeitskräften. Im "Generalanzeiger" finden wir folgende Annonce:

"Nach Frankfurt am Main! Bäckerlehrling gesucht. Zwei Jahre Lehrzeit. Wöchentlich 3 M. Vergütung. Oeffert. u. B. 408 Exped."

Auf die "Billigkeit" scheint es diesem betreffenden Meister nicht so sehr anzutreffen, wohl aber darauf, eine zu allem willige Arbeitskraft auf zwei Jahre zu bekommen, denn für jeden Fachmann ist es klar, daß ein Meister sich mit einem Lehrling, dem er vom ersten Tage der Lehrzeit an neben Kost und Wohnung pro Woche 3 M. bezahlt, nicht besser stellt, als wenn er einen Gehulsen annimmt und den nach dem Tarif bezahlt. Wahrscheinlich will aber der saubere Herr diesen Lehrling nur als Haushalt gebrauchen und ob dasselbe etwas lernt, ist ihm Nebensache. Von diesem vermeidlichen Gedanken lassen sich ja alle diese Lehrlingsausbauunternehmen!

In das Handelsregister des Königlichen Amtsgerichts I, Berlin, Abtheilung B, ist am 25. Oktober folgendes eingetragen worden: Nr. 1609: Ifsi, Brod-Abricht-Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Sitz der Gesellschaft: Berlin. Gegenstand des Unternehmens ist die fabrikmäßige Herstellung und der Vertrieb von Brod. Das Stammkapital beträgt 45 000 M. Geschäftsführer sind: Ernst Schulze, Ingenieur in Groß-Lichterfelde, Dr. Herm. Gocht, praktischer Arzt in Halle a. d. S. (Gesellschafter). Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 16. und 21. Oktober 1901 festgestellt. Außerdem wird hierbei bekannt gemacht: Gesetzliche Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im "Deutschen Reichsanzeiger".

Also zu den verschiedenen schon bestehenden Brodfabriken in Berlin noch eine neue! Ob nun bald die Berliner Kleinstmeister und berer Führer an die Verdrängung der Kleinstmeister durch Großbetriebe glauben? Vielleicht sagen sie mit Käbler-Gürtel-Gürtel: "Ich weiß, daß wir nicht im Stande sind, die Verdrängung des Kleinhandwerks durch Großbetriebe aufzuhalten, aber ich mußte ja der größte Ödje sein, wenn ich diese Entwicklung beschleunigen wollte!"

Der Breslauer Konsumverein sagt in seinem Jahresbericht über die Entwicklung seiner Bäckerei: "Der Brodkonsum stieg um 228 257 Stück vierfach. Damit aber ist die Leistungsfähigkeit der Bäckerei auf ihrem Höhepunkt angelangt; sie ist außer Stande, den Brodbedarf für den bevorstehenden Winter zu decken. Es ist deshalb auschließlich die Militärbäckerei auf der Sternstraße gewinnt und mit besten Apparaten ausgestattet worden. Das steht Befreien der Verwaltung, die Herstellungswise des Brodes immer noch zu verbessern, hat in letzter Zeit wiederum zu einem günstigen Resultate geführt. Während bisher nur das Kneten des Teiges mittels Maschinen ausgeführt wurde, daß bis dahin die Hand des Bäckers verrichtete, ist es jetzt gelungen, dasselbe von einer aus Dänemark bezogenen und hier noch verbesserten Wirkmaschine auszuführen."

Es ist dies derselbe Konsumverein, der im Dezember vorigen Jahres drei unserer Mitglieder mafregelte und von den dort beschäftigten 60—70 Kollegen gehören nur einige Wenige unserem Verbande an.

Eine Vereinigung für Brodverbesserung hat sich — so heißt die "Hilfe" mit — unter dem Vorsitz des Bäckingenieur Born, Charlottenburg, Kantstraße 134, gebildet, die der Frage nach der besten Qualität und Herstellung des Brodes ihre Kräfte widmen will. Das genannte Blatt bemerkte sehr freundlich dazu: "Bis jetzt entspricht, nach Ansicht der Vereinigung, das unseren Besuchern bekannte „Simonsbrot“ allen gesundheitlichen Anforderungen. Mit Freude haben wir bei allerlei gelegentlichen Besprechungen gesehen, wie sehr unsere Notiz über das Simonsbrot genügt hat. Viele „Hilfe“-Leser in Nord und Süd lassen sich ihre Ration schwarzes Brod aus Soest kommen. Wdr.: „Mühlenbesitzer Simons, Soest.“

Eine National-Brod-Kompanie mit einem Kapital von 12 Millionen Mark hat sich soeben in New-York (Nordamerika) gebildet mit dem Zwecke, alle Brodbäckereien von New-York und New-Jersey an sich zu ziehen. Nach und nach will die Gesellschaft in allen größeren Städten der Vereinigten Staaten Bäckereien errichten. Der Kompanie stehen Maschinen zur Verfügung, die es ermöglichen, Urfang und Gewicht des Brodes gegenüber dem bei dem jetzigen Backprozeß erhältlichen um 20 pr. C. zu erhöhen.

Die Dirschauer Brodfabrik hat, wie uns aus Dirschau berichtet wird, kürzlich ihren Betrieb eröffnet und hier wie in den benachbarten Dirschauischen Städten eingerichtet. Die Bäcker, die der Eröffnung mit Begegnung entgegensehen, haben in den letzten Tagen die Brode bedeutend größer gebacken, um der drohenden Konkurrenz entgegenzutreten.

Mehl- und Brodfabrik Alt.-Ges., Konsumfrankfurt a. M. Die Generalversammlung vom 8. Oktober genehmigte, wie uns berichtet wird, die Vertheilung einer Dividende von 4 p. 1. gegen 6 p. 1. im Vorjahr.

Die Gründung einer Genossenschaftsbäckerei in Elbing, wozu bereits vor einem Jahre die einleitenden Schritte unternommen wurden, ist nunmehr zur Thatstelle geworden. In der Versammlung, die am Donnerstag Abend im Gewerbehause stattfand, sprach Bäcker

Winkel über „Zweck und Nutzen der Genossenschaftsbäckerei“, die ihren Sitz in Elbing haben und den Namen „Eintracht“ führen soll. Zum Unterschied von den Konsumvereinen ist der Brodverkauf nicht auf den Kreis der Mitglieder beschränkt. Weder der Genossenschaft sei insbesondere der arbeitenden Bevölkerung ein großes, gutes und billiges Brod zu liefern. Das Eintrittsgeld in die Genossenschaft beträgt 1 M., der Geschäftskapital 20 M.; ein Mitglied kann nicht mehr als 25 Geschäftskapital erwerben. Während 5 M. vom Geschäftskapital innerhalb zehn Wochen entrichtet werden müssen, werden die restlichen 15 M. von der am Schluß des Geschäftsjahrs auszuzahlenden Dividende in Abzug gebracht. Von der Genossenschaft der gegenwärtig 16 Mitglieder angehören, ist das Geschäft des Bäckermeisters H. Bieleit (Lange Nederrstraße 37) gepachtet worden. Mit dem Brodverkauf ist in diesen Tagen begonnen worden und sind mehrere Verkaufsstellen errichtet worden. Eine längere Lebhaftigkeit Auseinandersetzung entpuppt sich zwischen den Freunden der Genossenschaftsbäckerei und zwei Sozialdemokraten. Letztere bezeichnen die Genossenschaftsbäckerei als ein „kapitalistisches Unternehmen“, das bestrebt sei, hohe Dividenden zu erzielen. Demgegenüber wurde hervorgehoben, daß die Genossenschaft sich die Aufgabe gestellt habe, nach dem Muster der in Berlin und anderen Städten bestehenden Genossenschaftsbäckereien die Arbeiterschaft mit gutem, preiswürdigem Brod zu versorgen. Sei das Unternehmen von Erfolg begleitet, so sei die Genossenschaft nicht abgeneigt, sich später mit dem Konsumverein zu vereinigen.

Die Hannoversche Brodfabrik hat gegenüber dem Vorjahr ein erfreuliches Mehrergebnis aufzuweisen. Der Gesamtgewinn stellt sich auf 14 895,79 M. Mit Zusammensetzung des Aufsichtsraths soll derselbe wie folgt zur Vertheilung gelangen: Abschreibungen 6541,36 M., kontrollierte und statutenmäßige Renten 3 400 M., Zuweisung zum Dividendsfonds 455,43 M., 2 Prozent Dividende 4500 M. Im neuen Jahre arbeitet die Bäckerei bis jetzt befriedigend, während im Mühlensbetriebe eine wesentliche Belebung des Geschäfts noch nicht eingetreten ist.

In Palermo (Sizilien) ist es unseren Kollegen durch Vermittelung der Arbeitskammer gelungen, einen günstigen Tarif mit den Meistern zu vereinbaren, sobald die Bewegung zu Ende ist.

Der Dank der Glassbarone an ihre lieben Russen. Unser Düsseldorfer Parteidorgan berichtet: In Gerresheim ist großer Krawall, nicht wegen der lieben Leute, welche gestrichen haben, sondern wegen der lieben Russen. Denn so sie sich dem Herrn Heine sind, so thun sie ihm auch; und um ihnen das zu beweisen, hat ihnen die Direktion des Glashütte jetzt die Schulden zettel zugesetzt. Sehr erbaut waren die Leute nicht davon, im Gegenteil, es zeigten sich „Gefüsse“, welche Herr Heine nun ganz glaubt unterdrückt zu haben. Aber... Man sprach sogar von Arbeitsniederlegung, auf Russisch natürlich, denn einzelne Schuldenzettel zögerten Summen von 400 bis 1200 Mark! Hier ist so ein Ding:

Schuldenzettel
für den Glasmacher N. N.
p. 1. November 1901.

Vorschuß, Reisekosten für Fahrt bis zur russischen Grenze	M 199,70
Reisekosten zur Fahrt von der Grenze bis Gerresheim (Fracht)	17,28
Vorschuß in Gerresheim; 50 M., 20 M., 30 M., 10 M., 6 M., 5 M., 7 M. =	158.—
Möbel	129.—
Eine Farre	182,51
	7,50
Summe M 674.—	
Vorübergehende Schulden „ 17,80	
Nest M. 653,20	

(Die Zahlen, addirt, stimmen nicht. Warum, war nicht zu ermitteln.) So sind Schuldenzettel bis zu 1200 M. vorhanden und die sieben Russen müssen nunbleiben. Allerlei Gerüchte zirkulieren natürlich hier umher. Wegen der Schuldenzettel ist es sogar schon zu einem argen Krawall gekommen, welcher darauf hinauslieft, daß drei Russen geschlossen durch ein starkes Polizeiaufgebot in's Loch gebracht wurden. Hinter den geflossenen Russen gingen drei Frauen und Kinder bei strömendem Regen, in der durchsichtigsten Kleidung, die kleinen Kinder in Lumpen gehüllt und barfuß, ein Bild des Jammer! und ein Edel aus dem bö-russischen Gläsning: ich hierseß! Die Erregung unter den Leuten ist in jedem Machen, der russische Generalstab in Berlin ist telegraphisch benachrichtigt, und ist zu erwarten, daß sich derselbe ins Mittel legt.

Rechtswidrige Beschränkung der Sonntagsveranstaltungen. Durch Abhaltung einer öffentlichen Versammlung während des Hauptgottesdienstes am Sonntag sollte der Kaufmann Rupp aus Tilsit die Vorschrift überstreiten haben, die alle preußischen Versammlungsverordnungen bezüglich der öffentlichen Versammlungen an Sonn- und Feiertagen enthalten. Die zum Schuh der östlichen Heilsglocke erlassenen Oberpräsidialverordnungen schreiben gleichzeitig vor, daß öffentliche Versammlungen, welche nicht gottesdienstlichen Zwecken dienen, z. B. Churfesttag und Gustavtag, überhaupt nicht, an anderen Feiertagen und Sonntags nur nach Genehmigung des Hauptgottesdienstes stattfinden dürfen. Das ist jedoch nicht der Fall. Sie verstoße gegen die Artikel 29 und 30 der preußischen Verfassung. Darnach dürfen Versammlungen von der Verwaltungshöhe unter keinen Umständen wegen der Art der zu erörternden Angelegenheiten verboten werden. Das sei hier geschehen, indem das Verbot öffentlicher Versammlungen an bestimmten Feiertagen und an Sonntagen auf die Zeit nach dem Hauptgottesdienst sich auf die nicht den Gottesdienst betreffenden Angelegenheiten erstreckt. Somit dürfen öffentliche Versammlungen Sonntags auch wählen und vor dem Hauptgottesdienst stattfinden; der Angestellte müsse deshalb freigesprochen werden.

Bei der Wahl der Arbeitervertreter zum Reichsversicherungskantone fügte in den Abtheilungen für die Gewerbe und die Landwirtschaft die von unseren Gewerkschaften aufgestellte Liste der Kandidaten. In der Abtheilung für den Seemannsberuf blieben unsere Kandidaten leider in der Minorität.

Gewinnbeteiligung der Arbeiter. Die bekannte Firma Karl Seib in Zera zahlt für das abgelaufene Geschäftsjahr 10 p. 1. Dividende, gleich 165 000 M. an ihre Arbeiter.

Versammlungs-Berichte.

Hanau. Unsere Mitgliederversammlung am 4. Nov. wählte den bisherigen Kassier H. Kocholatz als Vorsitzenden, E. Wildner zum Stellvertreter, G. Friedrich als Schriftführer und W. Zahn als Kassier. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsrates hielt sodann einen interessanten Bericht, dem die Kollegen mit Interesse folgten. Allgemein wurde die Häufigkeit des bisherigen Vorsitzenden G. Gaedel lobend anerkannt, der es verstanden hat, durch sein energetisches Auftreten die Mitglieder in einer ganzen Anzahl Bäckereien zu beseitigen. Dagegen fand die Nachlässigkeit des zweiten Vorsitzenden schärfsten Tadel. Auf Antrag Zahn wurde beschlossen, monatlich zwei Versammlungen abzuhalten, worauf der neu gewählte Vorsitzende noch einen warmen Appell an die Mitglieder richtete, stets ihre Pflicht zu erfüllen.

München. Am 6. November fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, welche sehr gut besucht war. Als Referent war Genosse Maurer erschienen, der über Die heilige Inquisition und deren Greuel einen Vortrag hielt. Mit feierlicher Ruhe hörten die Anwesenden den Vortrag an, welcher in kurzen Auszügen in diesem Blatte wiedergegeben wird. Nach diesem höchst interessanten Vortrag wurden einige Verhandlungen angeleitet noch erledigt und das plötzliche Verschwinden des Kollegen Joh. Giel (Mitglied seit 1898) bekannt gegeben. Zum Zeichen des Beileids erhoben sich alle Anwesenden ein bleibendes Andenken.

Generalversammlung der Ortsgruppe VI der Stadt München. Zur Vornahme der statutenmäßigen Neuwahlen und Beschlussfassung über die Erhöhung der durchschnittlichen Tagesschöpfung hatte die Ortsgruppe VI auf Sonntag, den 10. November, Nachmittags 1/2 Uhr eine ordentliche Generalversammlung in den nördlichen Schanzenpavillon einberufen. Der erste Vorsitzende des Kassenvorstandes, Herr Hofkonditor Max Bernhard, eröffnete die Versammlung unter Begrüßung der Anwesenden und trat nach Bildung der benötigten Wahlausschüsse sofort ein in die Neuwahlen für die Vertreter zu den Generalversammlungen der Wahlperiode 1902/03, die nach geringen Änderungen entsprechend den Vorschlägen des Kassenvorstandes bezw. der einzelnen Berufsvertretungen erfolgten. Nach Genehmigung der durch den Kandidaten Röhr vorgelegten Verhandlungsschrift der vorhergegangenen Generalversammlung wurde die Wahl des Ausschusses zur Vierung der Jahresrechnung für 1901 vorgenommen, aus der Herr G. Hirschmann, in Vertretung der Münchner Kindlbrauerei, als Vertreter der Arbeitgeber und die Herren Jakob Weiderer und Alvis Holzfuxner als Vertreter der Arbeitnehmer hervorgingen. Als Stellvertreter derselben wurden gewählt: Herr P. Sepp, Vertreter der Pilsnerbrauerei und die Herren Hans Reile und Martin Scharl. Die darauf folgende Ergänzungswahl des Kassenvorstandes ergab die einstimmige Wiederwahl des Herrn Ferdinand Weih, Chaikutter, seitens der Arbeitgeber und Josef Heil, Bierbrauer, und August Höh, Bäcker, durch die Arbeitnehmer. Herr Vorsitzender Bernhard giebt sodann zwei Entschließungen der Kgl. Regierung von Oberbayern bekannt, denen aufs folgende die durchschnittlichen Tagesschöpfungen der männlichen Mitglieder auf 3 M. der weiblichen auf 1,80 M. und der jugendlichen Arbeitnehmer auf 1,20 M. erhöht worden sind. Es mußten daher die §§ 12 und 19 des Kassenstatutus dementsprechend geändert werden. Im § 13 war der Wegfall der Karenzzeit beim Krankengeldbezuge vorgeschlagen, im § 14 eine revolutionäre Änderung. An der Hand des einschlägigen Biffenmaterials weist der Herr Vorsitzende nach, daß die mit vorstehendem gebotenen erhöhten Kassenleistungen ohne eine Erhöhung der Beiträge nicht gewährt werden können und schlägt deren Erhöhung auf 3 p. 1. des Tagesschöpfes vor. Nachdem noch die Herren Weiderer und Scharl in einem der Beitragsverhöhung zustimmenden Sinne sich zur Statutenänderung äußerten, wird dieselbe einstimmig beschlossen. Nach der Entgegennahme von Antragen aus der Mitte der Generalversammlung vertrat die Tagsordnung erledigte. Mit Dank an die Herren Vertreter für den gegen die Vorjahre ungleich besseren Besuch, der ein wachsendes Interesse an dem so wichtigen Krankenversicherungswesen gezeigt, schloß der erste Vorsitzende Herr Bernhard um 1/2 Uhr die Generalversammlung.

Potschappel. Sonntag den 27. Oktober fand eine öffentliche Volksversammlung im Deutschen Hause statt, in welcher Genosse Kahl aus Leipzig über die Lage der Bäckereiarbeiter und das Verhalten der Konsumvereinsverwaltung Potschappel referierte. Redner führte den Anwesenden die traurige Lage der Bäckereiarbeiter vor, sowie das probige Verhalten der Bäckermeister, und daß es die Konsumvereinsverwaltung nicht für notwendig befindet, nur geregelte Bäckereien zu unterstützen. Außerdem ist Genosse Kahl eine scharfe Kritik über den Verwaltungsbericht des Konsumvereins, in welchem die Bäckerwerlfahrt in der gebäckfertigen Weise angegriffen wird. (Siehe den Verwaltungsbericht in vorheriger Nr. d. Bl. D. Red.) Nun, jedenfalls entspricht es dem Ansehen einer Genossenschaft nicht, wenn Lieferanten berücksichtigt werden, die nur mit Lehrlingen arbeiten, andere bieten ihren Gesellen Hungerlöhne und beuten sie von 15 bis 16 Stunden aus. — Die Debatte war eine sehr lebhafte. Der Vertrauensmann gab noch die genaue Bäckerei bekannt, mit der Bitte, diese zu unterstützen. Es sind dies: Bäckermeister Bär-Gittersee, Bär-Döhlen, Gitterberger Bonn, Günzel-Nöthnitz, Hübler-Rabenau, Bäckerei Wilmendorf und Bäckerei Potschappel. Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen und eine Resolution für die Bäckereiarbeiter zurückgezogen wurde, weil ein großer Theil der Versammlungsbeteiligung sich schon entzweit hatte, erfolgte Schluß der Versammlung.

Bad Reichenhall. Am Mittwoch, den 13. Novbr., fand unsere sehr stark besuchte Mitgliederversammlung statt. Nachdem die Beiträge erhoben waren, wurde Konsul Menzl einstimmig als Schriftführer gewählt. Nach Verleihung des Protokolls und Rechenschaftsberichts erstaute Kollege Hausmann den Kartellbericht, worauf zur Diskussion geschritten wurde, welche sich sehr lebhaft gestaltete.

Berichtigung. In dem Artikel „Resultat der Urabstimmung“ in Nr. 45 hat sich auf der vorherigen Seite ein Drucksfehler eingeschlichen. Es soll dort heißen: „15 zu 12 als die 2/3-Majorität“.

Von der Mitgliedschaft Chemnitz sind bereits am 17. Oktober 7 Stimmzettel und zwar 4 mit „Ja“ und 3 mit „Nein“ eingesandt worden, welche leider im Bureau verlegt waren und so dem Resultat der Urabstimmung nicht mitgerechnet wurden. Das Resultat verschiedt sich nun auch um die 7 Stimmen; es sind demnach 2504 Stimmen abgegeben, 1084 „Ja“ und 820 „Nein“. Die Redaktion

Briefkästen.

Plauen i. Vogtl., P. R. Wenn es wahr ist, daß Dich Dein Arbeitgeber, der auch Mitglied des Verbandes ist, ohne Grund "trauriges, freches Subjekt" und "großartigen Schwinderl" genannt hat, dann befürworte Dich beim Vorstand der Mitgliedschaft, der denselben zur Rechenschaft ziehen und zur Zurücknahme dieser Schimpferlei veranlassen wird. Zu solchen Schnupfereien und Beleidigungen sollte sich überhaupt ein Verbandsmitglied nicht hinreissen lassen.

Dresden. Anonym. Verschonen Sie uns bitte in Zukunft mit solchen anonymen Beschuldigungen einzelner vorheriger Kollegen. Derartige Briefe wandern ohne Weiteres in den Papierkorb.

Berlin. Schriftführer. Als Dein Bericht endet, war bereits der dem "Vorwärts" entnommene Text, der ja dasselbe besagt, wie der von Dir gesendte.

Quittung.

In der Woche vom 11. bis 17. November gingen bei der Hauptklasse folgende Verträge ein:

Für den Monat Oktober: Mitgliedschaft Kiel M. 56,70, Magdeburg 34,60, Hildesheim 2,40, Altona 178,30, Plauen 1. Voll. 23,-, Freiburg 16,30, Bergedorf 11,80, Karlsruhe 14,20, Leipzig 103,10, Leipzig (Görlitz) 22,50, Essen 11,00, Augsburg 20,30, Mainz 39,30, Wilmersdorf 11,-.

Für die Monate September und Oktober: Gotha M. 18,-, Offenbach 45,50, Braunschweig 40,50.

Für die Monate August, September und Oktober: Bremen M. 45,10.

Von eingetragenen der Hauptklasse: R. G., Halle M. 240; F. R., Bützow 2,90; O. R., Torgau 2,-; G. M., Münster 3,-; H. G., Liebschwitz 4,80; H. J., Güstenwald 80.

Für Annoncen: Mittelsch. Braunschweig M. 2,40.

Für Protokolle vom Verbandstag: Mitgliedschaft Darmstadt M. 10,50, Offenbach 1,20.

Mit den Beiträgen an die Hauptklasse restieren folgende Mitgliedschaften:

Für Monat Oktober: Breslau (Geld ohne Abrechnung gefordert), Bochum, Chemnitz, Dresden, Halle, Hanover, Hanau, Hamburg v. d. H., Landsberg, Lüneburg, Buna, Blaueicher Grund, Regensburg, Rosenheim, Schwarzenbach, Stettin, Stuttgart, Würzburg, Görlitz, Bautzen, Cottbus, Neuselitz.

Seit Monat September: Cottbus, Torgau, Kempten, Neustadt a. d. H., Friedberg.

Seit Monat August: Gießen und Bremen.

Über die eingegangenen Verträge quittiert dankenswerter Weise der Bäckerfürst: Fr. Friedmann.

Gau Schleswig-Holstein.

Die Adresse des Gauvorstandes ist jetzt: R. Straße, Gaarden bei Kiel, Lehmstraße 78. Alle Anfragen wie Geldsendungen sind an diesen zu richten.

Der Gauvorstand.

Anzeigen.

München. München. Café Mikado.

Ecke Einlaß, Rumford- und Müllerstrasse.

Jeden Sonntag, Mittwoch und Freitag neuester Hauptsammelpunkt der Bäcker Münchens.

Würzburg.

Meine im Zentrum der Stadt gelegene Restauration

„Zur blauen Glocke“

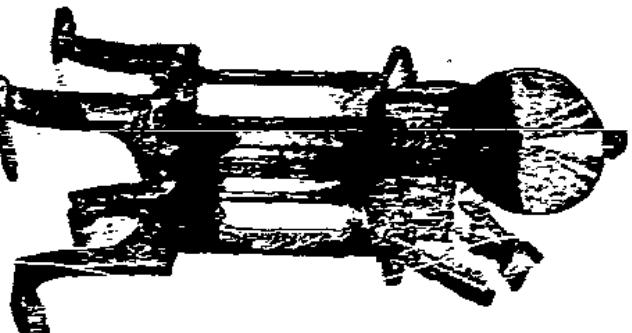
empfiehlt allen Bäckern.

Herberge und Verkehrslokal des Bäckerverbandes.

M. 3,-

Gg. Büchlein.

Reichhaltiges Lager in sämtlichen Bäckerei- und Konditorei-Bedarfsartikeln.



Zeigheilmaschinen,

anerkannt hervorragende Verbesserung.

Messer über den Teigylinder daher bequemste, leichteste Rührung, ohne herausstellbar.

Erstaunlich und grosse Goldene Auszeichnung. Neueste erfundene

All. M. F. & Co.

Glückliche Zahlungsbefriedigung.

Maschinen-Fabrik, Halle a. S.

Moskauerstrasse 57 (5 Minuten vom Bahnhof).

Vor minderwertiger Nachahmung wird gewarnt.

Allen Kollegen empfehle meine

Gastwirtschaft u. Frühstückslokal

Grosser Bäckergang 7, Hamburg

M. 2,40) Achtungvoll Ernst Stahl.

Erstaunend billig!

Seien Sie neue und getragene Herrenkleider in der Bekleidung:

Bäcker-Einkaufsquellen.

Wahl in Hosen, Anzügen, Überhemden u. Arbeitshosen in allen Preislagen und Qualitäten.

Um zahlreichen Besuch bittet

J. M. Bloch, München.

Brunnstr. 3, vis-à-vis Kreuzbräu.

(Bitte genau auf die Firma zu achten).

A. Reling, Hamburg 19, Faberstr. 1

Täglich frisch geröstete Kaffees

Lieferung frei ins Haus — Post- und Bahnversand

Die Reiseunterstützung wird ausgezahlt:

Altona. Cl. Krohn, Wilhelmstr. 53, Mittags 12—3 Uhr.

Hamburg. Wittelsbacher Hof, Leibnizgasse.

Bad Reichenhall. Fr. Unterleitner, Bäckerei Koppenleitner, Salinstraße.

Bant-Wilhelmshaven. E. Horris, Konsumbäckerei.

Berlin. J. Böll, Klosterstr. 101.

Braunschweig. Gust. Busse, Giedmaroderstr. 53.

Bergedorf. C. Nawrozie, Hamburgerstr. 18, Sande.

Bremen. H. Schäfer, Bäckerei H. Pepper, Lloydstr. 2.

Breslau. F. Kosling, Gr. Feldstr. 11, part.

Bochum. Fr. Keller, Gasthaus „Zum Kreuz“, Marienstr.

Bayreuth. J. Röhl, Herzog 2.

Bauern. C. Rosel, Steinstraße 1, I.

Chemnitz. H. Rödiger, Charlottenstraße 18.

Cottbus. G. Lisch, Centralherberge.

Darmstadt. Gasthaus „Zur Linde“, Holzstr. 22, von 12

bis 2 Uhr Mittags und 6—8 Uhr Abends.

Dortmund. Bei M. Hühausen, 1. Kampstr. 73, von 2—4 Uhr

Düsseldorf. C. Österläg, Louisenstr. 41, II.

Dresden. F. Pitschmann, Liliengasse 12, I.

Elberfeld. H. Giehl, Bahnhofstr. 52, VI, Nachmittags

nach 4 Uhr.

Esslingen. Centralherberge „Zur neuen Welt“, Abends

von 7—8 Uhr.

Essen a. d. M. Kollege Freigang, Gustavstr. 19.

Friedberg i. H. Im Gasthaus „Zur Windel“.

Hörst i. L. Konsumbäckerei, Leiningerstr.

Frankfurt a. M. E. Trageler, Predigerstr. 9.

Freiburg. F. Gispants, Engelbergerstr. 9.

Gießen. Wiener Hof, Johannisstraße.

Görlitz. O. Bandmann, Langenstr. 43, Gasthaus zum goldenen Kreuz.

Hanau. Gasthaus „Stadt Frankfurt“, Kanalplatz 6.

Halle a. S. H. Gilsdorf, Böllbergerweg 11.

Hamburg. C. Tieger, Gr. Neumarkt 28, 3—6 Uhr Nachm.

Hannover. H. Wiegke, Knochenhauerstr. 7.

Harburg. E. Böker, Konsumbäckerei, Schützstr. 6.

Homburg v. d. H. L. Schäfer, Rückgasse 2.

Ichöhe. Kollege Habile bei Bäckermester Bluhme, Sandküche.

Kassel. Oberberg, Fischgasse 10, Nachm. 4—5 Uhr.

Karlsruhe. Auerhahn, Schützenstr. 58.

Kiel. F. Mandelow, Vereinsbäckerei.

Kempten i. Allg. Ahle, Burgstr. 80.

Köln. Bei F. Becker, Paulstraße 10.

Kaudhat i. B. Ludwigstraße, „Zum Heiglsbräu“, untere Altstadt.

Ludwigshafen a. Rh. Bei Bergmann im „Trießels“, Bismarckstraße 1.

Leipzig. H. Leube, Konsumbäckerei (Plagwitz).

Lübeck. Rich. Herrmann, Zeppenau 25, 12—2 Uhr Mittags.

Lüneburg. H. Heihle, Salzgründerstr. 71, Nachmittags

von 1—7 Uhr.

Magdeburg. Konsumbäckerei (M. Neustadt, Rogäbersstr.).

Mainz. J. Thiele, Brandt 17.

Mannheim. Karl Bauch, S. 1.

Münster. H. Großkunz, Konsumbäckerei.

München. Gasthaus Brünhofer, Brunnstr. 3.

Neustadt a. H. H. Kettl, Theodor, Gasthaus „Zum Schiff“.

Nürnberg. Gries, Goldner Mörser, Böttcherstraße.

Plauen. H. Kramer, Dörrstr. 5.

Plauenischer Grund b. Dresden. H. Klemm, Böschappel, Bäckerei, Turnerstr.

Regensburg. Gasthaus zur Glocke, Glockenstr.

Rheims. O. Faule, Prinz Handjericstr. 83.

Rosenthal i. B. Gehaus Kratzlingergarten.

St. Johann-Saarbrücken. Fr. Dühr, Kaiserjäger, Hafenstr. 9.

Stettin. H. Pitzschke, Rożnacka 18, IV, Mittags 12

bis 1 Uhr, füllt die Formulare aus; Auszahlung

bei Voigt, große Ritterstraße 7.

Stuttgart. H. Bögel, Neckarstr. 192.

Ulm. Martin Orthuber, Bäckerei Kneitingen, Weisse 1.

Weißensee. Georg Untereichmeier, Bäckerei Leutnant.

Wiesbaden. Gasthaus „Zum Käthchen“, Marktstr. 15.

Würzburg. „Blaue Glocke“, Am Bierhöhrenbrunnen.

Zittau. Bäckereien, welche hier nicht aufgeführt sind, können umgehend dem Verbands-Vorstand bekannt geben, wo an ihrem Orte die Unterstützung ausgeschüttet wird.

Arbeitsaufweise des Verbandes befinden sich in

Berlin. Im Lokale S. Möll, Klosterstr. 101.

Dortmund. Im Lokale W. Mühlhausen, 1. Kampstr. 73.

Dresden. Im Lokale „Klosterküche“, Liliengasse.

Frankfurt a. M. „Gewerkschaftshaus“, Stolzstr. 15, II.

Halle a. S. „Zum weißen Ross“, Gellstr. 5.

Hamburg. Gr. Steinmarkt 28, 1.

Hanburg. Im Lokale „Centralherberge“, 1. Bergstr. 7.

Kassel. H. Miller, Fischgasse 10, Sprechzeit 11—12 und Nachm. 4—5 Uhr.

Leipzig. Im Lokale „Flora“, Windmühlenstr. 16.

Lübeck. H. M. Kollegen Hermann, Depenau 25.

Wandsbek. Im Lokale „Trießel“, Bismarckstr. 1.

Wittenberg. Im Lokale „Gold. Mörser“, Böttcherstraße.

Würzburg. Im Lokale „Gold. Mörser“, Böttcherstraße.

Verkehrslokale der Verbandsmitglieder.

Altona. M. Dieks, gr. Prinzenstraße.

Hamburg. H. Sieber, „Mittel